

10 Euro, gesetzlich!

Michael Schlecht, MdB
Gewerkschaftspolitischer Sprecher
www.michael-schlecht-mdb.de

DIE LINKE.

28. Mai 2012

Immer mehr Hunger- und Niedriglöhne

Knapp acht Millionen Menschen müssen für Hunger- oder Niedriglöhne arbeiten, so die letzte Analyse für 2010 des *Instituts für Arbeit und Qualifikation* in Duisburg. Seit 1998 – dem Jahr in dem SPD und Grüne in die Regierung kamen – ist das ein dramatischer Anstieg um nahezu 2,1 Millionen Beschäftigte. 23 Prozent der Beschäftigten sind davon betroffen. In Ostdeutschland müssen knapp 40 Prozent für einen Hunger- oder Niedriglohn arbeiten.

Wer weniger als zwei Drittel des mittleren Lohnes verdient, der oder die arbeitet für einen Niedriglohn. Das sind 9,15 Euro pro Stunde.

Niedriglöhne sind vor allem weiblich. 30 Prozent

der Frauen arbeiten für weniger als 9,15 Euro. Bei den Männern sind es rund 16 Prozent.

Mehr als vier Millionen Beschäftigte müssen für weniger als sieben Euro arbeiten. Für Löhne unter fünf Euro – also für eindeutige Hungerlöhne – schufteten 1,4 Millionen Menschen.

Viele rackern sich ab, sind fertig wenn sie nach Hause kommen, und das Geld reicht trotzdem nicht zum Leben. Es ist unwürdig und eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland, dass viele trotz Arbeit noch zur Arbeitsagentur müssen, um sich „aufstocken“ zu lassen.

Deshalb steht für DIE LINKE eine Forderung felsenfest: Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro!



Der gesetzliche Mindestlohn findet mittlerweile verbreitet Zuspruch. 80 Prozent der Menschen sind für den Mindestlohn. Die Gewerkschaften, allen voran ver.di und NGG machen seit 2004 mächtig Druck und propagieren den Mindestlohn. Die fortwährenden Kampagnen der Gewerkschaften, in bescheidenerem Rahmen auch der Linken, haben die Empörung gebündelt und ihr Ausdruck verliehen.

Die Forderung des DGB liegt bei 8,50 Euro. Ver.di hat seit dem Gewerkschaftskongress im Herbst 2011 ihre Forderung leicht verändert: „8,50 und in schnellen Schritten 10 Euro“ heißt sinngemäß die Formel.

CDU für Lohnuntergrenze?

Da ist es doch richtig prima, dass jetzt auch die CDU scheinbar einen Mindestlohn will, auch wenn er verschämt „Lohnuntergrenze“ genannt wird. Bislang haben sich die Konservativen in Tateinheit mit Ex-Kanzler Schröder als Fans der Hunger- und Niedriglöhne präsentiert.

Dass die Positionsverschiebung bei der CDU jetzt kommt, liegt an der spätestens 2013 anstehenden Bundestagswahl. Da macht es sich gut, am sozialen Profil zu arbeiten. Der BDA-Präsident Dieter Hundt

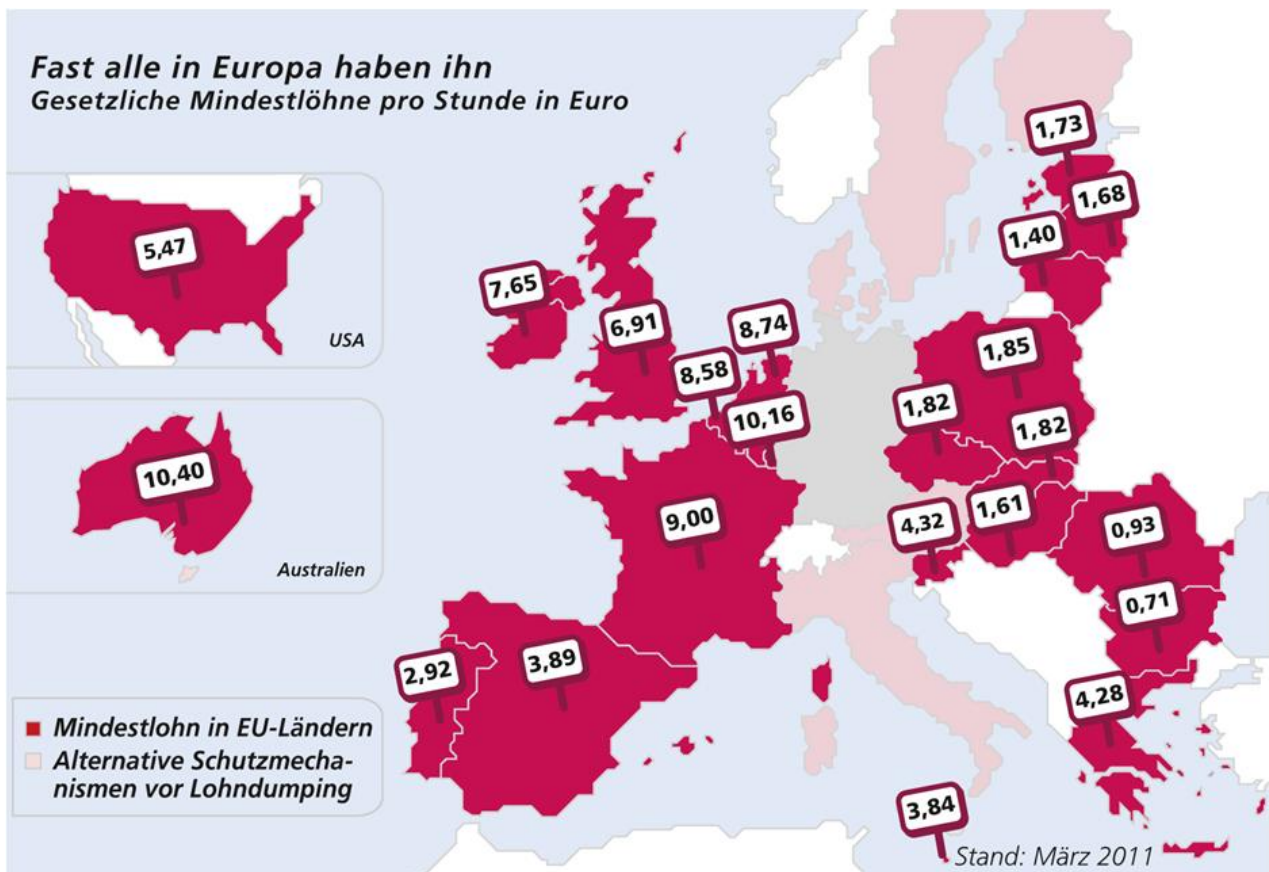
beklagt, dass die CDU wohl der Meinung der Bevölkerung nachgegeben habe.

Jedoch weigert sich die CDU, einen festen Euro-Betrag für die „Lohnuntergrenze“ gesetzlich zu bestimmen. Sie will, dass die Tarifvertragsparteien diese festlegen. Zudem soll dies nur gelten für Branchen und Wirtschaftsbereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt. Diese „Lohnuntergrenze“ soll dann gesetzlich für allgemeinverbindlich erklärt werden.

So etwas kann sich nur jemand ausdenken, der von der Tarifwirklichkeit keine Ahnung hat oder die Öffentlichkeit bewusst täuschen will.

Die Gewerkschaften fordern den gesetzlichen Mindestlohn aus Notwehr. Diese Forderung ist entstanden, weil Gewerkschaften in vielen Wirtschaftsbereichen so geschwächt wurden, dass sie eine menschenwürdige Lohnuntergrenze in Tarifverhandlungen nicht oder nur ungenügend durchsetzen können.

Spätestens mit der Agenda 2010, die SPD und Grüne 2003 beschlossen, wurde der Tarifautonomie ein weiterer schwerer Schlag versetzt. Wenn immer mehr Menschen befristet beschäftigt sind und um die Verlängerung zittern, wenn immer mehr nur



noch Leiharbeit haben, wenn vor allem immer mehr Frauen in Minijobs nur noch eine zerstückelte Arbeitswelt erleben, dann ist gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht massiv eingeschränkt.

Hinzu kommt die allgegenwärtige Angst vor dem Absturz in Hartz IV, die wie eine disziplinierende Peitsche über den Köpfen vieler kreist. Für 3,50 Euro den Hof kehren, für 2,50 Euro das Klo putzen – jede Zumutung ist durch die Arbeitsagentur möglich. Egal welchen Job und welche Qualifikation man vorher hatte. Viele Beschäftigte haben sich in jahrzehntelanger Arbeit etwas angespart, eine Wohnung oder ein Haus gekauft. Doch der Freibetrag für Vermögen reicht in der Regel nicht weit. Bevor Arbeitslosengeld bezogen werden kann, heißt es dann zuerst vom Vermögen, vom Verkaufserlös des Eigenheimes zu leben.

Von dieser drohenden sozialen Rutschbahn wissen viele oder spüren die Sorge davor als flaes Gefühl in der Magengegend. Und überlegen sich dann dreimal, ob und wie sie sich für ihre gewerkschaftlichen Interessen im Betrieb einsetzen.

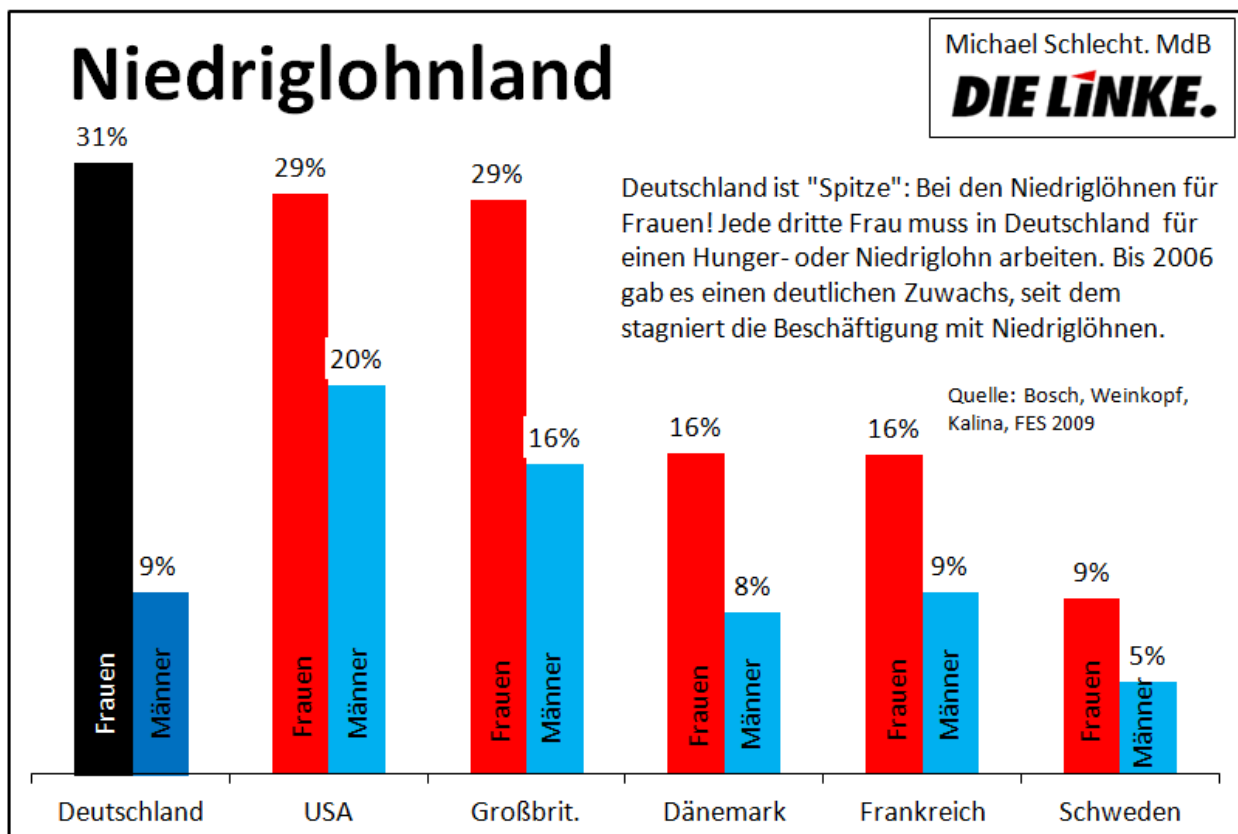
Die Gewerkschaften konnten und können wegen mangelnder Kampfkraft in vielen Tarifbereichen nur miserable Abschlüsse erzielen. Häufig ist es unmöglich überhaupt noch Tarifverträge abzuschließen.

Vor 20 Jahren haben noch 70 Prozent der Beschäftigten unter dem Schutz eines Flächentarifvertrages gearbeitet, heute sind es nur noch rund 50 Prozent.

Die immer wieder gerade auch von konservativen Politikern gepriesene Tarifautonomie ist in weiten Teilen durch SPD, Grüne, Union und FDP zerstört worden. Mit dem Ende des Zumutbarkeitsschutzes, der bis zur Einführung von Hartz IV faktisch eine „Lohnuntergrenze“ darstellte, war der freie Fall der Löhne vorprogrammiert. Dies war der letzte Anlass für ver.di, ab 2003 als Notwehrmaßnahme den allgemeingültigen, gesetzlichen Mindestlohn zu fordern.

Wenn die CDU jetzt Krokodilstränen ob des Schicksals der Hunger- und Niedriglöhner vergießt, sich gleichzeitig weigert, den Mindestlohn festzulegen, dann ist dies tiefender Zynismus. Den schwarzen Peter den Tarifvertragsparteien zuzuschieben, ist so, als würde man einem Menschen die Beine brechen und dann von ihm verlangen 100 Meter zu sprinten.

Wie sollte der DGB mit dem BDA als Verhandlungspartner solche „Lohnuntergrenzen“ durchsetzen? Ohne jeglichen Druck aus den Betrieben? Mit kollektivem Betteln? Wäre das möglich, hätte man schon längst flächendeckende tarifliche Mindestlöhne.



Zum gesetzlichen Mindestlohn, betrage er 8,50 Euro wie vom DGB oder zehn Euro wie von der Linken gefordert, gehört zwingend die Festlegung durch den Gesetzgeber. Wer das verweigert, will keine „Lohnuntergrenze“, die die Lebenslage der Menschen verbessert, geschweige denn den Mindestlohn.

Es ist auch vollkommen irrwitzig eine Lohnuntergrenze nur für Bereiche vorzusehen, für die kein Tarifvertrag besteht. So besteht für Unternehmer die Möglichkeit sich eine gefügige gelbe Gewerkschaft zu suchen und einen Tarifvertrag, auch in Gestalt eines Haustarifvertrages mit Niedriglöhnen abzuschließen. Und schon ist die „Lohnuntergrenze“ ausgehebelt. Aus der Vergangenheit ist in ähnlichen Fällen dieser Mechanismus leidvoll bekannt. Und natürlich muss klar sein, dass gerade die Gewerkschaften ein Interesse haben, dass schlechte Tarifverträge durch den gesetzlichen Mindestlohn korrigiert werden. Häufig sind diese wegen mangelnder Organisations- und Kampfkraft in der Not abgeschlossen worden, damit das Lohndumping nicht vollkommen bodenlos wird.

Koalition Schwarz/Grün – beim Mindestlohn

Die Grünen haben schon immer mit der Forderung gefremdelt, den Mindestlohn durch den Gesetzgeber festzulegen. „Über eine Mindestlohnkommission wird eine Lohnuntergrenze festgelegt“, so in einem Antrag im Bundestag vom 19. Januar 2011. Damals haben sie sich zumindest noch die Vorgabe zugetraut, dass der Mindestlohn „einen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro nicht unterschreiten“ darf.

Als jetzt die CDU mit ihrer Debatte um die Lohnuntergrenze begonnen hatte, war bei den Grünen von einer festen Vorgabe nichts mehr übrig geblieben.

„Die Mindestlohnhöhe wird durch eine unabhängige Kommission festgelegt“, so lautet die Formel in einem am 26. Oktober 2011 eingebrachten Antrag. Diese „Kommission“ soll unabhängig von politischem Einfluss eine Mindestlohnhöhe ermitteln. Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wissenschaft. Wie die CDU gehen die Grünen davon aus, dass so der „richtige“ Mindestlohn gefunden werden könnte. Dass Löhne die zentrale Auseinan-

dersetzung zwischen Kapital und Arbeit sind, es um einen gesellschaftlichen Konflikt geht, wird ausgeblendet. Oder es wird hingenommen, dass in einer derartigen Kommission für die Beschäftigten nur höchst Unbefriedigendes herauskommt.

Bemerkenswert ist, dass die Grünen bei der Einführung des Mindestlohns jetzt eine nahezu identische Position wie die CDU haben. Das ist Vorarbeit für künftige Koalitionen. Der Tübinger grüne Bürgermeister Palmer setzt sich dafür ein, dass nach der nächsten Bundestagswahl auch schwarz/grün möglich sein muss: Sein Argument: Bei der Atomkraft und beim Mindestlohn liege man ja ohnehin schon auf einer Linie!

Die SPD und der Mindestlohn

Auf dem DGB-Kongress im Mai 2006 hat der damalige SPD-Arbeitsminister Müntefering „mutig“ bekannt, dass er gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ist. Und sich eine Abfuhr eingehandelt. Nach vielem Hin und Her fordert die SPD seit März 2007 den gesetzlichen Mindestlohn.

Allerdings hat sie im Juni 2007 im Bundestag eine EntschlieÙung abgelehnt, die wörtlich dem Text ihrer eigenen Flugblätter zum Mindestlohn entsprach. Nach langem Hin und Her hat die SPD sich mittlerweile auch für den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro positioniert.

Arbeitslosengeld II ist auch Kombilohn!

Nach Schätzungen von Wissenschaftlern verdienen rund drei Millionen Menschen so wenig, dass sie eigentlich einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen durch das Arbeitslosengeld II haben. Nur 1,4 Millionen erhalten tatsächlich zusätzliche Unterstützung. Viele wissen von ihrem Rechtsanspruch nichts und manche machen ihn aus Scham nicht geltend. Vielen wird die Zahlung verweigert, da sie noch über mehr als das „Schonvermögen“ verfügen. Die 50jährige Verkäuferin mit einem Hungerlohn wird dann darauf verwiesen, dass sie erst einmal ihr Ersparnis weitgehend aufbrauchen soll.

Wenn jemand allein lebt, besteht Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II, wenn netto weniger als 1.054 Euro im Monat verdient werden. Diese Grenze ergibt sich aus 754 Euro ALG-II-Anspruch (Regelsatz plus durchschnittliche Kosten der Unterkunft) plus 300 Euro an Freibeträgen, die das Sozi-

algesetzbuch erwerbstätigen Grundsicherungsempfängern zugesteht. „Um dieses Niveau zu erreichen, benötigt ein alleinstehender Beschäftigter mit 38 Wochenstunden einen Bruttolohn von 8,91 Euro, mit einer 40-Stunden-Woche sind mindestens 8,50 Euro die Stunde notwendig“, so Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung.

Dass es so viele „Aufstocker“ gibt, liegt nicht alleine an den Niedriglöhnen. Es ist zwar ein Skandal, dass rund 350.000 Beschäftigte Vollzeit arbeiten und so wenig verdienen, dass sie auf zusätzliches Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Hinzu kommt aber, dass viele Beschäftigte keine Chance auf einen Vollzeitjob haben, ja nicht einmal auf eine „halbe Stelle“ mit 18, 19 oder 20 Stunden in der Woche. Rund die Hälfte der Aufstocker sind Minijobber, die höchstens 400 Euro im Monat verdienen dürfen. Diese Minijobs werden von den Unternehmern systematisch zur Lohndrückerei eingesetzt. Da die ganzen Lohnstrukturen dadurch ins Rutschen kommen, sind diese miesen Jobs auch eine Ursache dafür, dass das Lohndumping verbreitet ist.

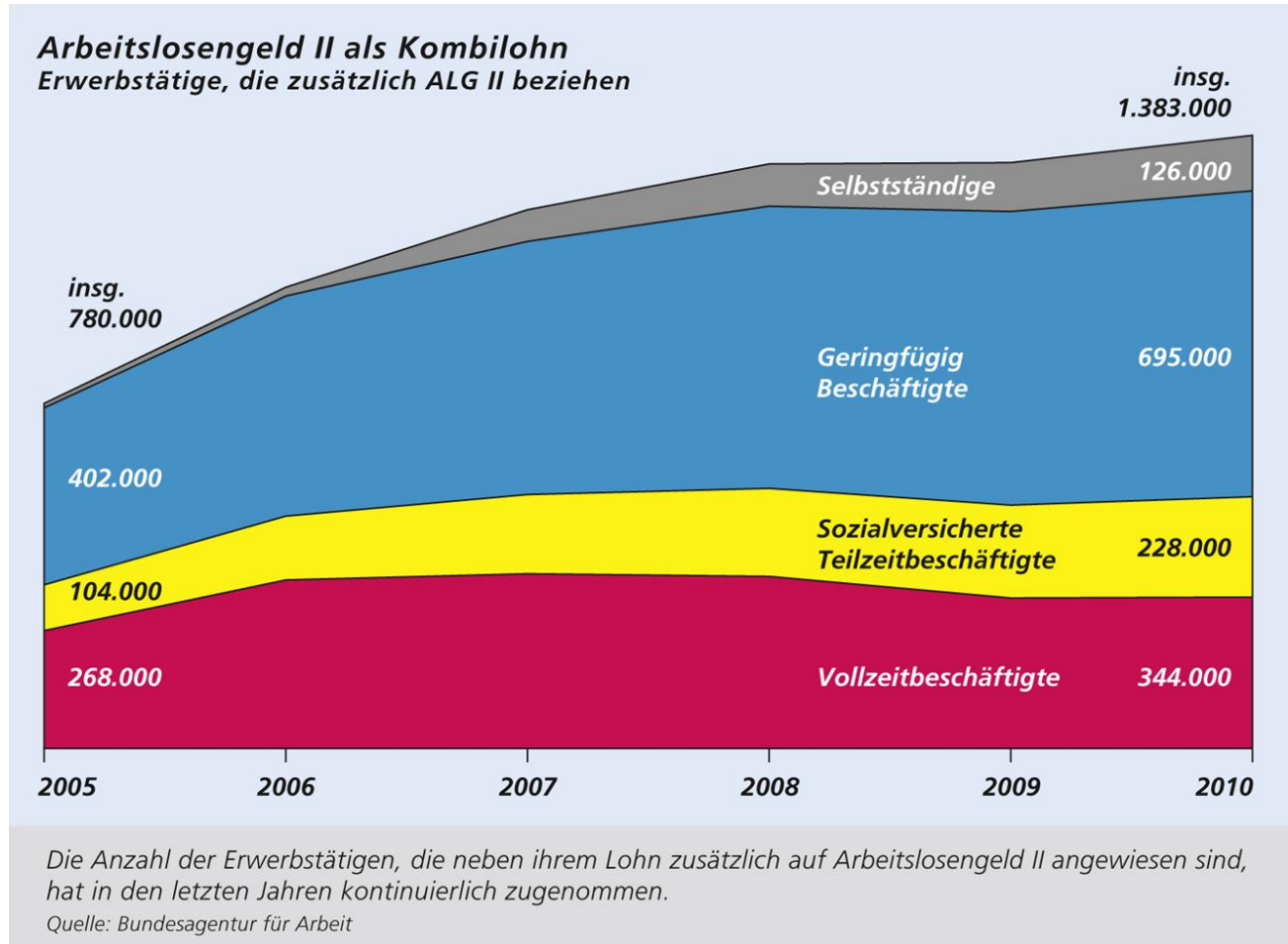
Viele wissen es nicht, aber mit dem Arbeitslosen-

geld II haben wir längst einen Kombilohn. Dies war anfänglich selbst vielen Bundestagsabgeordneten nicht klar.

Immer mehr Unternehmer nutzen diesen Kombilohn Arbeitslosengeld II aus, um Armutslöhne noch weiter zu drücken. 100 Euro weniger Lohn vom Arbeitgeber bedeuten bei Arbeitslosengeld II-Empfängern nur einen Verlust von 20 Euro im Portmonee, weil das Arbeitslosengeld II steigt. Deshalb kürzen viele Unternehmer die Stundenlöhne mit dem Verweis, dass ein Großteil des Verlustes ja von der Arbeitsagentur „aufgestockt“ wird. Faktisch werden so Unternehmer durch Arbeitslosengeld II subventioniert.

Mehr als elf Milliarden Euro kosten diese „Aufstockungszahlungen“ bereits; rund ein Drittel der Gesamtkosten für Hartz IV. „Insgesamt haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler seit 2005 Niedriglöhne und damit die Gewinne der Unternehmer mit mehr als 60 Milliarden Euro unfreiwillig subventioniert“, so die Schlussfolgerung in einer Publikation der wirtschaftspolitischen Abteilung bei ver.di.

In der Vergangenheit ist immer viel über Miss-



brauch von Sozialleistungen spekuliert worden. Dabei ist klar: Die eigentlichen Sozialschmarotzer sind Unternehmer. Die Unternehmer, die ihren Beschäftigten nur Hungerlöhne zahlen. Eine Spirale nach unten, die nur durch den gesetzlichen Mindestlohn gestoppt werden kann!

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro brauchen die meisten Beschäftigten keine zusätzlichen staatlichen Leistungen mehr. Wenn eine Familie mitversorgt werden muss, würden Aufstockungszahlungen erst weitestgehend entfallen, wenn der Mindestlohn bei 12 Euro, zum Teil auch noch höher liegt.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro könnten Milliarden an Subventionen für die Unternehmer eingespart werden. Aber mehr noch. Hinzu käme ein höheres Aufkommen bei der Einkommensteuer und in die Sozialkassen würde mehr eingezahlt.

Nimmt man alle Effekte zusammen, hätten die öffentlichen Kassen bei einem Mindestlohn von 10 Euro 12,8 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, so eine Studie von *Prognos* vom April 2011. Damit ließe sich unter anderem die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro problemlos finanzieren.

Mindestlohn ein Jobkiller?

„Der gesetzliche Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze“, so die CDU/CSU und die Unternehmer.

Scheinbar kluge Ökonomen behaupten: Beschäftigte mit niedriger Qualifikation haben eine so niedrige Produktivität, dass Unternehmer sie nicht besser bezahlen können. Sonst gehen die Jobs verloren.

Die spannende Frage: Wie hoch ist die Produktivität der Friseurin? Oder die der Kassiererin im Supermarkt? Ganz einfach, behauptet der schlaue Ökonom: Die Produktivität hängt von den Preisen ab, die der Friseurmeister oder der Supermarktbesitzer Erlösen kann. Für manche Dienstleistungen oder Produkte werden gegenwärtig jedoch sehr niedrige Preise erzielt, nach dem Motto: Geiz ist geil. Deshalb – so wird geschlussfolgert – müssen auch die Arbeitskräfte billig sein, ihre Arbeit sei nicht viel wert.

Aber weshalb ist Geiz geil? Weil viele Menschen zu niedrige Löhne, zu niedrige Gehälter haben. Weil Lohnerhöhungen seit Jahren ausfallen oder zu niedrig sind. Manche Beschäftigte mussten sogar Lohnsenkungen verkraften. Zu viele arbeiten für Hungerlöhne. Da ist klar: Wenn die Menschen immer weniger in der Tasche haben, wird weniger gekauft, die Binnennachfrage macht immer mehr schlapp. Und der Preisdruck nimmt zu. Und weil die Preise vielfach gedrückt sind, soll die Arbeit nicht mehr viel wert sein. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

Und es droht, dass die Löhne immer mehr sinken! Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen,



brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn mit 10 Euro!

Im Übrigen ist die Vorstellung, man könne die Produktivität von jedem Einzelnen feststellen ohnehin eine von Ökonomen erfundene fixe Idee. Bei arbeitsteiliger Produktion ist eine solche Abgrenzung nicht möglich. Weder im einzelnen Betrieb, geschweige denn für die gesamte Gesellschaft. Die Arbeit von Reinigungskräften ist für einen Betrieb ebenso notwendig wie die der Manager, und die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern ist für die Gesellschaft so notwendig wie die der Müllabfuhr. Ihre jeweilige Bezahlung ist eine Frage der Wertschätzung und nicht der Wertschöpfung.

Und sie ist vor allem eine Frage der Durchsetzungsfähigkeit. Wenn aufgrund falscher Wirtschaftspolitik Millionen von Menschen Arbeit suchen, wenn sie durch Fortfall jeglichen Zumutbarkeitschutzes gezwungen sind, faktisch jeden Job annehmen zu müssen, dann rauschen die Löhne in den Keller. Unabhängig davon, ob jemand schlecht oder gut qualifiziert ist.

Im Niedriglohnbereich arbeitet nur ein kleiner Teil von Minder- oder Nichtqualifizierten. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung; zehntausend Prozent sind sogar Akademiker. Nur ein Viertel der Niedriglohnbeschäftigten übt tatsächlich eine einfache Tätigkeit aus. Auch daran sieht man: Die Produktivität der Beschäftigten hat wenig zu tun mit ihrer Bezahlung.

In Großbritannien sanken in den ersten Jahren nach der Einführung des Mindestlohnes die Profite geringfügig. Zuvor hatten die Unternehmer mit Armutslöhnen ihre Taschen zusätzlich vollgestopft. Mit dem Mindestlohn blieb für sie immer noch genug übrig. Zusätzlich ist mit dem Mindestlohn die Arbeitslosigkeit gesunken. Übrigens: Unternehmensvertreter aus Großbritannien erklärten, dass sie für die Einführung des Mindestlohnes gewesen sind, da sie „die Beschäftigten nicht zu sehr ausbeuten wollten.“

Unternehmer, die nicht so dicke Profite einsacken, werden die Preise erhöhen. Das wird auch möglich, da alle den Mindestlohn zahlen müssen; Lohndumping wird ausgebremst.

Mindestlohn schafft mehr als 700.000 Arbeitsplätze

In der Vergangenheit sind viele Studien erstellt worden, die zeigen sollen, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet. Direkt oder indirekt waren sie meist aus dem Unternehmerlager bezahlt worden. Diese Studien berücksichtigen immer nur, dass mit dem Mindestlohn die Lohnkosten für den Unternehmer steigen. Diese werden mechanisch in höhere Preise umgerechnet. Die Nachfrage wird als konstante Größe angenommen und schon scheint es so zu sein, dass mit den höheren Preisen weniger Produkte oder Dienstleistungen verkauft werden können. Folglich – so die Schlussfolgerung – können auch nur weniger Arbeitskräfte beschäftigt werden. Also würde der Mindestlohn angeblich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen.

Der Knackpunkt in diesen Annahmen ist zum einen, dass der Profit als konstante Größe genommen wird. Zum anderen wird aber auch die gesellschaftliche Nachfrage als fix unterstellt. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn würde aber gerade diese gestärkt. Nach der bereits erwähnten *Prognos-Studie* vom Sommer 2010 würden die Erwerbseinkommen um 26 Milliarden Euro bei einem Mindestlohn von 10 Euro steigen. Selbst wenn nicht alles nachfragewirksam wird, wäre der Mindestlohn doch ein deutlicher Schub für die Konsumnachfrage. Hinzu kommen die zusätzlichen Einnahmen bei den öffentlichen Kassen in Höhe von rund 13 Milliarden Euro, die ebenfalls für Ausgaben zur Verfügung stehen. Insgesamt geht es um einen potentiellen Nachfrageschub von rund 40 Milliarden Euro. Nebenbei: Was für ein gewaltiges Konjunkturprogramm! Und das Jahr für Jahr.

Die wirtschaftspolitische Abteilung von ver.di hat ein Gutachten erstellen lassen, in dem der Nachfrageeffekt bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes berücksichtigt ist. Obgleich bei der Rechnung nur von einem Mindestlohn von 8,50 ab 2012 und von 10 Euro ab 2014 ausgegangen wird, sorgt der erhöhte Nachfrageeffekt dafür, dass langfristig sogar mehr als 700.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Würde man heute sofort mit 10 Euro beginnen und in wenigen Jahren auf 12 Euro erhöhen, so könnten rund eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ursachen der Armutslöhne bekämpfen

Es reicht nicht, nur für den gesetzlichen Mindestlohn zu kämpfen. Entscheidend ist, dass die Ursache für seine Dringlichkeit, die Ursachen für Niedrig- und Hungerlöhne bekämpft werden. Es geht darum, die politischen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln, für Tarifpolitik wieder zu verbessern. Dafür steht DIE LINKE!

Eine entscheidende Fußfessel für die Tarifpolitik ist Hartz IV. Durch das Wegfallen des Zumutbarkeitschutzes wird massiver Druck auf die Löhne, auf Tarifverträge ausgeübt. Erwerbslose werden gezwungen, praktisch jede Arbeit zu beliebig niedrigen Löhnen anzunehmen. Die Wirkung geht aber viel weiter. Alle Beschäftigten wissen, was ihnen

droht, wenn sie ihren Job verlieren. Wer lange genug Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlte hat Anspruch auf das Arbeitslosengeld I. Dies gibt es aber höchstens für ein Jahr – danach droht der freie Fall in die Armut. Dies hat eine ungeheure disziplinierende Wirkung!

So wuchs die Bereitschaft, vieles zu ertragen und sich nicht zu wehren, zum Beispiel in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Zudem besteht häufig die Bereitschaft länger zu arbeiten, auch unbezahlt und Lohnverzicht hinzunehmen. Durch diese Mechanismen bewirkt das Arbeitslosengeld II ein massives Lohndumping.

Hartz IV ist „offener Strafvollzug“ für Erwerbslose. Dies ist allgemein bekannt. Dass Hartz IV sich auch

auf Millionen von Beschäftigten verheerend auswirkt, wurde erst im Laufe der Zeit deutlicher.

DIE LINKE will, dass das Arbeitslosengeld II mindestens auf 500 Euro im Monat angehoben und sanktionsfrei gewährt wird. Und es muss wieder einen hinreichenden Schutz durch Zumutbarkeitsregelungen geben:

- Die *berufliche Qualifikation* muss geschützt werden. Eine Tätigkeit, die deutlich von der erworbenen Qualifikation abweicht, ist unzumutbar.
- Das Einkommen darf nicht unterhalb der einschlägigen Tarifverträge liegen. Sind diese nicht vorhanden, so muss der ortsübliche Lohn gezahlt werden.
- Die Anforderungen an die Mobilität müssen begrenzt sein.

Darüber hinaus müssen die prekarisierenden Arbeitsverhältnisse bekämpft werden. Hierzu gehört Leiharbeit, Werkverträge, Mini-Jobs und viele Formen sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit. Dies werden noch verschärft, da häufig Befristungen hinzukommen.

